

Ich habe den kommunalen Spitzenverbänden ganz transparent gesagt – alles andere wäre auch völlig unpolitisch –, dass ...

(Stefan Kämmerling [SPD]: Aber warum schreiben die Herrn Laschet an?)

– Lassen Sie mich den Gedanken bitte ausführen. – Es wäre doch völlig unpolitisch, wenn wir die Regelungen mit den Kommunen unabhängig von der Coronakrise und unabhängig davon, wie sich der Bund und das Land in anderen großen finanziellen Themenblöcken zu den Kommunen verhalten, treffen würden. Das musste ich doch erst einmal abwarten. Jetzt liegen die Sachen auf dem Tisch. In den nächsten Tagen stehen Termine mit den kommunalen Spitzenverbänden an, und Sie können sicher sein, dass wir zu einer guten, vernünftigen und dauerhaft tragfähigen Lösung kommen werden.

Mir ist wichtig – das hat der Kollege Lenzen gerade schon gesagt –, dass wir das Ganze in einer Gesamtstrategie eingebettet sehen. Wir müssen trotz vieler Verwaltungsgerichtsentscheidungen, die zusätzliche Zahlen an Geduldeten mit sich bringen, das Ziel haben, die Anzahl der Geduldeten insgesamt zu reduzieren; denn es ist eigentlich nur ein Hilfskonstrukt. Wir wissen – Frau Aymaz, an der Stelle gebe ich Ihnen recht –, dass es Länder gibt, in die wir im Moment nicht zurückführen können. Ich erwähne Syrien, aber es gibt auch noch andere Länder; da ist es eine extrem schwierige Situation. Wir wissen aber auch, dass es viele gibt, die schon lange hier sind und sich gut integriert haben.

Insofern erwarte ich von den kommunalen Spitzenbeamten zum einen, dass unsere Erlasse in der Praxis umgesetzt und nicht öffentlich torpediert werden. Zum Zweiten erwarte ich, dass Rückführungen mit Unterstützung der Zentralen Ausländerbehörden konsequent und effizient durchgesetzt werden.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Wenn wir all das gemeinsam machen und uns auf die Finanzierung verständigen können, werden wir dieses Thema meines Erachtens befrieden können. Das ist mein Anspruch. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Stamp. – Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir am Ende der Aussprache zum Tagesordnungspunkt 10 angelangt.

Ich komme zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion der SPD hat direkte Abstimmung beantragt. Wer also dem Inhalt des Antrags Drucksache 17/9810 zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, AfD und der fraktionslose

Abgeordnete Neppe. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der **Antrag Drucksache 17/9810** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

11 Trotz Abstand vereint und solidarisch: Nordrhein-Westfalen zeigt Flagge für Vielfalt und Zusammenhalt!

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/9800

In Verbindung mit:

Auch in Zeiten des Abstands durch Corona: Nordrhein-Westfalen zeigt Flagge für Vielfalt und Zusammenhalt!

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/9823

Ich eröffne die Beratung, und als erster Redner hat für die SPD-Fraktion Herr Kollege Müller das Wort.

Frank Müller (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! 18 CSDs sollte es in diesem Jahr in Nordrhein-Westfalen geben. Diese CSDs werden nicht oder nur sehr eingeschränkt stattfinden können. Auch die EuroGames hier in Düsseldorf, auf die wir uns alle sehr gefreut haben, fallen leider ins Wasser.

Mit ihrer Strahlkraft weit über die queere Familie hinaus haben die CSDs hier bei uns in Nordrhein-Westfalen einen wichtigen Beitrag zur Sichtbarkeit von Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen sowie queeren Menschen geleistet. Vor allen Dingen aber haben sie einen würdigen Rahmen geschaffen, um auf die Rechte und Forderungen der Community aufmerksam zu machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Community ist aber nicht nur einmal im Jahr. Vielmehr reden wir über ein vielfältiges, buntes und solidarisches Netzwerk. Dieses Netzwerk ist kein Selbstzweck, sondern garantiert LSBTIQ Schutz und Unterstützung.

Die Coronapandemie, liebe Kolleginnen und Kollegen, legt die Verletzlichkeit queerer Strukturen in Deutschland auf dramatische Weise offen. Ich will dazu nur einige Beispiele nennen.

Gerade LSBTIQ sind oft von Einsamkeit, Gewalt sowie sozialen und psychologischen Krisen betroffen. Selbsthilfegruppen, Unterstützungsnetzwerke und

Beratungsstellen können aktuell nicht in gewohnter Weise arbeiten. Safe Spaces, also Orte, an denen sich LSBTIQ sicher vor Gewalt und Diskriminierung bewegen und frei entfalten können, droht das Aus. Ihr Verschwinden ist oft endgültig.

Queerer Journalismus leistet wichtige Aufklärungs- und Menschenrechtsarbeit. Aber wegbrechende Anzeigen und Auslegestellen bedrohen LSBTIQ-Medien ganz unmittelbar. Mit viel Kreativität und Herz versuchen engagierte Menschen, Strukturen zu bewahren und Angebote aufrechtzuerhalten, aber dieses Engagement kommt an praktische Grenzen. Vor allem aber sind bestimmte Angebote, die sich in der analogen Welt abspielen, kaum zu ersetzen, denn gerade für LSBTIQ in ländlichen Gebieten sind sichere Räume und der Peer-to-Peer-Kontakt unendlich wichtig.

Auch können zivilgesellschaftliche Initiativen den Staat nicht aus seiner Pflicht entlassen, LSBTIQ-Strukturen in Zeiten von Corona zu schützen und zu stärken. Deswegen ist es gut und richtig, dass die Förderung unvermindert weiterläuft. Aber es kann nicht nur um den Erhalt gehen, es braucht auch eine Strategie zur nachhaltigen Stärkung und zum Ausbau. Wir müssen schlicht mehr Community wagen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Mit Blick auf die CSD-Saison bedeutet das, Sichtbarkeit auf anderen Wegen und mit alternativen Aktionsformen zu ermöglichen. Viele Initiativen haben sich hier schon auf den Weg gemacht, allerdings fehlen häufig die finanziellen Möglichkeiten, alternative Aktionsformen zu realisieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hätte mich sehr gefreut, wenn es uns gelungen wäre, heute einen gemeinsamen Antrag aller demokratischen Fraktionen vorzulegen. Das hat auf den letzten Metern leider nicht mehr geklappt, was ich nicht verstehe, stammt unser Antrag, den wir zusammen mit den Grünen vorlegen, im Kern doch aus der Feder der Regierungsfaktionen selbst. Warum die Regierungsfaktionen am Ende ihren eigenen Aufschlag entkernt haben, bleibt mir ein Rätsel. Der Vorschlag, der uns am letzten Montag erreichte, war dann doch ein wenig zu dünn, um ihn gemeinsam zu unterstützen.

Am Ende des Tages können wir jedoch versöhnlich festhalten, dass sich die Community auf einen breiten Rückhalt in diesem Haus verlassen kann, wenn auch mit etwas unterschiedlichen Betonungen, um es einmal vorsichtig auszudrücken.

Auf drei Punkte will ich noch eingehen. Schon heute weht vor vielen Rathäusern die Regenbogenfahne. Es ist das sichtbare Bekenntnis für Vielfalt und Akzeptanz. Es wäre gerade in diesem Jahr eine besondere Geste, wenn sie auch vor Ministerien und der Staatskanzlei hängen würde. Warum gerade dieser

sehr einfach zu realisierende Aspekt aus dem Antrag von CDU und FDP geflogen ist, weiß ich nicht. Kommen Sie mir aber am Ende nicht mit Bedenken aus dem Innenministerium oder mit der Flaggenordnung. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Schließlich kann man eine solche Fahne zum Beispiel auch aus dem Fenster hängen. Zu Weihnachten beleuchtet man die Fenster schließlich auch mit einem bunten Weihnachtsbaum.

(Beifall von der SPD)

Auch das wäre eine mögliche Alternative, um Flagge zu zeigen und Farbe zu bekennen.

Wir finden es darüber hinaus wichtig, Gespräche zur aktuellen Lage zu führen und ergänzende Unterstützungsbedarfe zu ermitteln. Herr Minister Dr. Stamp wird uns sicherlich gleich erklären, dass es hierzu eigentlich keines Antrags bedarf und dass genau das bereits gerade stattfindet. Sicherlich wird er uns gleich auch über die Ergebnisse informieren können und Schlussfolgerung benennen, die er daraus zieht.

Ein letzter Punkt. Für uns ist CSD Heimat im besten Sinne. Im letzten Plenum hat der Landtag die Unterstützung für Heimat- und Brauchtumsvereine beschlossen und die Ausgestaltung eines Hilfsprogramms in die Hände der Landesregierung gelegt.

Meiner Meinung nach gehören die CSD-Vereine in NRW in dieses Programm. Ich habe Herrn Minister Stamp auch gleich nach dem Beschluss einen Brief geschrieben. Mittlerweile liegt dieser bei Ministerin Scharrenbach. Mich würde daher heute interessieren, wie die Landesregierung damit umgeht, denn NRW muss in der Krise für die Sichtbarkeit queerer Kultur Mitverantwortung übernehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns also gemeinsam Flagge zeigen und mehr als ein sichtbares Zeichen für eine starke und selbstwirksame Community setzen.

Unsere Botschaft ist klar: Ihr werdet gesehen. Ihr steht nicht allein. Wir kämpfen weiter gemeinsam für Akzeptanz, Vielfalt und Zusammenhalt. – Herzlichen Dank und Glück auf!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Müller. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Paul.

Josefine Paul^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist schon angeklungen: Eigentlich wären wir jetzt mitten in der CSD-Saison – überall in NRW bunte Feste und Demos und viel queeres Engagement für Sichtbarkeit von LSBTI und eine offene Gesellschaft und gegen jede Form von Diskriminierung.

Herr Kollege Müller hat es schon gesagt: In 18 Städten in NRW, von Paderborn über Münster, Recklinghausen und Siegen bis nach Düsseldorf, Bonn und Köln, aber auch in Dortmund, Duisburg oder Essen – überall gehören CSDs mittlerweile ganz selbstverständlich zum städtischen Veranstaltungskalender. Das zeigt – und das schließt auch ein Stück weit an die Ausführungen des Kollegen Müller in Bezug auf die Heimat und die Ausgestaltung unserer Heimat an –: NRW ist bunt, und das Bunte gehört ganz selbstverständlich auch zu Nordrhein-Westfalen.

Das zeigt sich eigentlich auch in den vorliegenden Anträgen; denn im Kern wollen wir doch das Gleiche. Wir alle wollen unterstützen, dass diese Vielfalt Nordrhein-Westfalen ausmacht. Aber – es ist bereits ausgeführt worden – aus bestimmten Gründen, die auch ich nicht nachvollziehen kann, ist es leider nicht zu einer gemeinsamen Antragsinitiative gekommen. Aber – und das will ich noch einmal sehr deutlich unterstreichen – das Ziel eint uns ja, das Ziel nämlich, Vielfalt auch sichtbar zu machen, und das auch in schwierigen Zeiten.

Beim Stichwort „Sichtbarkeit“ komme ich auf etwas, was ganz konkret und ohne großen Aufwand durch die Landesregierung umsetzbar wäre. Da ist die Frage, ob man nicht auch ein buntes, regenbogenfarbenes Zeichen am Ministerium setzen kann, indem man die Regenbogenflagge hisst. Es gibt verschiedenste Daten im Jahresverlauf, die sich dazu anbieten. Da wäre der Christopher Street Day am 28. Juni oder der CSD, wenn er denn in der Landeshauptstadt stattfindet. Es würde auch am Internationalen Tag gegen Homo- und Transphobie oder zum Coming-Out-Day gehen.

Es gibt diverse Anlässe, zu denen es ein schönes, buntes Zeichen wäre, wenn auch die Landesministerien die Regenbogenfahne hissen würden. Viele Rathäuser in Nordrhein-Westfalen machen es mittlerweile vor. Es gibt sogar manch ein Landesministerium in anderen Bundesländern, das das auch schon macht. Folgen Sie doch diesem bunten Beispiel!

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber in diesem Jahr ist nun mal alles ein Stück weit anders. Auch die Community ist natürlich von der Coronakrise betroffen. Das trifft zum einen sehr sichtbar die CSDs. In diesem Jahr können sie nicht wie gewohnt stattfinden. Auch – Kollege Müller hat schon darauf hingewiesen – die EuroGames, die Anfang August in Düsseldorf stattfinden sollten, mussten leider abgesagt werden. Wir haben schon in der letzten Legislaturperiode einen gemeinsamen Antrag verabschiedet, um dieses Sportfest zu unterstützen. Die Landesregierung hat Unterstützung zugesagt, und die Landeshauptstadt auch. Leider wird es dieses tolle queere Sportfest in diesem Jahr nicht geben.

Aber das queere Leben in Nordrhein-Westfalen besteht ja nicht nur – bei Weitem nicht nur – aus den

Christopher-Street-Day-Straßenfesten und -Demonstrationen. Jugendtreffs, Beratungsstellen und Safe spaces sind gleichermaßen von der Coronakrise betroffen. Sie sind wichtige Anlaufstellen für LSBTI, und sie sind zurzeit eben auch nur eingeschränkt zugänglich. Kollege Müller hat darauf hingewiesen, warum diese Anlaufstellen, diese Orte, diese Safe spaces so wichtig für die LSBTI-Community sind. Ich will noch einmal unterstreichen: Das ist insbesondere für junge Menschen der Fall, die sich in der Identitätsfindung befinden, die in ihrem Coming-out-Prozess sind, die vielleicht Probleme in ihrem direkten sozialen oder familiären Umfeld haben. Für all diese Menschen ist das extrem wichtig.

Natürlich konnte vieles ins Digitale verlagert werden. Aber wie bei vielen oder eigentlich bei allen Beratungsangeboten kann das Digitale natürlich den persönlichen Austausch, die physische Anlaufstelle, den Ort, an dem ich mich geborgen fühle, nicht ersetzen. Dementsprechend ist es wichtig, dass wir da noch mal genau hinschauen, damit diese wichtige Infrastruktur nicht durch die Coronakrise unwiederbringlichen Schaden nimmt.

(Vereinzelte Beifall von den GRÜNEN)

Ja, die Landesregierung fördert die vielfältigen Projekte und Strukturen auch in der Krise weiter, und das ist gut und richtig. Nichtsdestotrotz muss gemeinsam mit den Akteurinnen und Akteuren aus der Community geschaut werden, dass es keine krisenbedingten Schäden an dieser Infrastruktur gibt. Wir müssen auch hinschauen, wo uns die Krise Nachbesserungsbedarfe aufgezeigt hat, wo die Infrastruktur, die LSBTI-Community und ihre Strukturen noch krisenfester ausgestaltet werden müssen.

Sehr geehrte Damen und Herren, mit viel Engagement und Kreativität werden vor Ort jetzt Aktionen geplant, um auszugleichen, dass es die gewohnten CSDs nicht gibt, und trotzdem weiter für Sichtbarkeit zu sorgen und eine bunte Gesellschaft auf die Straße zu bringen.

Aber auch in normalen Zeiten ist viel Kreativität nötig, insbesondere, wenn man die kleinen Straßenfeste und Demos irgendwie auf die Straße bringen möchte. Deswegen wäre es ein gutes und wichtiges Zeichen nicht nur aus der Krise heraus, sondern ganz generell, wenn es eine landesseitige Unterstützung insbesondere für kleine CSD und das hohe zivilgesellschaftliche Engagement, das dahintersteht, geben würde.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Josefine Paul^{*)} (GRÜNE): Setzen Sie ein buntes Zeichen. Vielfalt ist in bestem Sinne Heimat. Deshalb sollte man CSDs in dieser Art und Weise fördern. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Paul. – Für die CDU-Fraktion spricht Frau Kollegin Voßeler-Deppe.

Margret Voßeler-Deppe (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am kommenden Sonntag jährt sich der sogenannte Stonewall-Aufstand in der New Yorker Christopher Street zum 51. Mal. Als sich an jenem Abend insbesondere Dragqueens, transsexuelle Latinas und Schwarze gegen wiederkehrende gewalttätige Polizeikontrollen wehrten, war dies der Ausgangspunkt für tagelange Straßenschlachten mit der New Yorker Polizei.

Um des ersten Jahrestages des Aufstands zu gedenken, wurde das Christopher Street Liberation Day Committee gegründet. Seitdem wird in New York am letzten Samstag des Juni, dem Christopher Street Liberation Day, mit einem Straßenumzug an dieses Ereignis erinnert. Daraus ist eine internationale Tradition geworden, im Sommer eine Demonstration für die Rechte der LSBTI-Community abzuhalten.

So ist es auch in Deutschland und natürlich auch bei uns in Nordrhein-Westfalen. In beinahe jeder größeren Stadt in Deutschland gibt es heute einen CSD. Ich freue mich ganz besonders, dass es in diesem Jahr zum ersten Mal auch Umzüge in Form von Mini-CSDs in meinem Wahlkreis geben wird. Leider finden diese während unserer jetzigen Plenarsitzung statt, sodass ich nicht persönlich teilnehmen kann. Ich grüße aber alle Beteiligten von diesem Rednerpult aus.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Unser Leben ist so bunt und vielfältig, wie es nur sein kann. Dafür steht auch der Christopher Street Day. Ich schätze die Offenheit und Liberalität. Ich finde es toll, wenn wir dies auch in Zeiten der Coronapandemie feierlich demonstrieren: verantwortungsvoll und den Umständen entsprechend in kleinen, aber doch dem Anlass angemessenen Gruppen.

Ich wünsche allen Teilnehmern großen öffentlichen und positiven Zuspruch. Meine Damen und Herren, der CSD ist vor allem auch ein Fest des Lebens und der Vielfalt. Er hat einen wichtigen Beitrag zur Sichtbarkeit der queeren Community in unserem Land geleistet.

Aufgrund der gegenwärtigen Coronapandemie werden die CSDs nur in stark eingeschränktem Umfang oder in digitalen Formaten stattfinden oder, wie bei uns im Kreis Kleve, als Mini-CSD. Trotz dieser Einschränkungen sind und bleiben sie ein wichtiger Teil der pluralen Identität Nordrhein-Westfalens. Dafür setze ich mich auch persönlich als LSU-Beiratsmitglied gerne ein.

Dass alle demokratischen Fraktionen dieses Parlaments Anträge zur Unterstützung der CSD-Bewegung vorgelegt haben zeigt, wie groß der gesellschaftliche Konsens bei diesem Thema ist.

(Beifall eines Abgeordneten der CDU)

Jeder Form von Ausgrenzung, Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit treten wir entschieden entgegen. So ist es auch nur konsequent, dass die NRW-Koalition keinen Zweifel daran lässt, die vielfältige Unterstützung des Landes für die verschiedenen Bereiche queeren Lebens auch in Krisenzeiten fortzuführen und sich für die Sichtbarkeit und die Belange einzusetzen.

Nordrhein-Westfalen fördert in- und außerhalb von CSD-Zeiten bürgerschaftliches Engagement, Sichtbarkeit und Empowerment von LSBTIQ. Trotz der Coronakrise werden die Mittel ohne Einschränkung wie bisher bewirtschaftet. Denn klar bleibt: Solange Menschen auch heute noch Gefahr laufen, wegen ihrer sexuellen Orientierung im Alltag diskriminiert zu werden, solange sie angefeindet oder ihnen sogar mit Gewalt gedroht wird, so lange sind wir eben nicht am Ziel.

Wir müssen weitere Akzeptanz schaffen. Wir wollen ein freundlicheres Klima zur gegenseitigen Wertschätzung. Daran müssen wir arbeiten, beispielsweise durch noch mehr Aufklärung in der Kinder- und Jugendarbeit, aber auch in der ambulanten Arbeit für ältere Menschen.

Insofern werbe ich für den gemeinsamen Antrag von CDU und FDP und hoffe auf eine sachliche, dem Anlass entsprechende und optimistische Debatte. – Ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Vosseler-Deppe. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Freynick.

Jörn Freynick (FDP): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Während der zahlreichen Christopher Street Days und Pride Paraden erinnern sich Menschen in ganz NRW, in Deutschland und in vielen Teilen der Welt an den langen und auch beschwerlichen Weg hin zu mehr Emanzipation.

Die zahlreichen Veranstaltungen dazu sind ein Fest, aber immer auch ein politischer Protest für Freiheit und Gleichstellung. Vor allem die Sichtbarkeit von LSBTIQ in unserer Gesellschaft ist hierbei ein wichtiges Element. Aufgrund der andauernden Coronapandemie finden die CSDs dieses Jahr nahezu alle nicht statt, und wenn, dann nur in stark eingeschränktem Umfang oder sogar in digitaler Form.

Auf diese Weise geht die wichtige und öffentliche Sichtbarkeit von LSBTIQ in diesem Jahr verloren. Als NRW-Koalition stehen wir daher auch in Krisenzeiten und angesichts der sich daraus ergebenden Absagen von CSDs und Pride Paraden für Vielfalt und Zusammenhalt. Vor, während und nach dem Pride Month fordern wir bürgerschaftliches Engagement, Sichtbarkeit und Empowerment von LSBTIQ.

Die Coronakrise zeigt uns jetzt schon deutlich, dass wir in näherer Zukunft mit wirtschaftlichen Einbrüchen rechnen müssen. Daher geht meine Aufforderung an die Landesregierung, die von der NRW-Koalition ausgebaute vielfältige Unterstützung für die verschiedenen Bereiche des queeren Lebens auch in Krisenzeiten fortzuführen und sich weiterhin für die Sichtbarkeit und Belange von LSBTIQ einzusetzen.

Für uns gilt künftig, dass wir als NRW-Koalition jeder Form von Ausgrenzung, Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entschieden entgegentreten müssen.

Das Bekenntnis zur Zukunft der CSDs in NRW als aktive Beiträge für mehr Sichtbarkeit von LSBTIQ im gesellschaftlichen Alltag ist für uns hierbei ein elementarer Bestandteil unserer Politik.

Dies geht einher mit unserer Förderung von Projekten in diesem Bereich, die sich weiterhin auf einer Rekordhöhe befinden, was die Finanzierung angeht. Auch in Zeiten von Corona werden wir dafür bereitgestellte Landesmittel ohne jedwede Einschränkungen bewirtschaften.

Abseits der finanziellen Förderung befindet sich des Weiteren der „NRW-Aktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt – gegen Homo- und Transphobie“ in Arbeit. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Freynick. – Der nächste Redner ist für die AfD-Fraktion Herr Kollege Tritschler.

Sven Werner Tritschler (AfD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn der Antrag von SPD und Grünen mit Bezug auf die Homosexuellenbewegung davon spricht, dass – Zitat – „ganze Generationen mutiger Menschen ... für ein Leben in Freiheit und Würde ohne Diskriminierung oder sogar staatlicher Verfolgung auf die Straße gegangen“ seien, dann trifft das zwar zu, es ist aber unredlich und falsch, wenn sich insbesondere die SPD in diese Tradition stellt.

Richtig ist, dass die Homosexuellenbewegung sich in den letzten Jahren umfassende Rechte erkämpft hat, und das stellt auch hier niemand mehr infrage. Richtig ist aber auch, dass sie sich diese Rechte über

lange Strecken, ja bis in die 90er-Jahre, gegen CDU und SPD und Teile der FDP erkämpfen mussten. Von daher sollte man sich in diesen Parteien vielleicht nicht ganz so lautstark auf die Vergangenheit berufen.

Aber lassen wir die Vergangenheit einmal ruhen und schauen wir in die Gegenwart. Staatlicherseits und auch in der deutschen Mehrheitsgesellschaft ist die Akzeptanz Homosexueller heute eine Selbstverständlichkeit, weshalb solche Anträge einigermaßen wohlfeil sind und bestenfalls vielleicht einer nachträglichen Reinwaschung der Antragsteller dienen.

Die linken Parteien gebärden sich so, als hätten sie hier einen Alleinvertretungsanspruch. Sie nehmen es für sich in Anspruch, allein für irgendwelche Communities sprechen zu können. Tatsächlich sprechen sie in erster Linie für Verbände oder für Verbandsfunktionäre, die sie längst unterwandert haben und die sie nun zur Verbreitung der eigenen Ideologie instrumentalisieren.

Ein ausgesprochen anschauliches Beispiel dafür lieferte uns zu Jahresbeginn der Kölner CSD. Er sollte unter dem Titel „Einigkeit! Recht! Freiheit!“ stattfinden. Für die Jugendorganisationen der Grünen, der SPD und der Linken war das offenbar ein Affront. Schließlich hasst man ja alles, was irgendwie deutsch ist, und so zogen die Initiatoren den Schwanz ein und wechselten das Motto.

Während man alles hasst, was irgendwie deutsch ist, sogar so schöne Dinge wie Einigkeit und Recht und Freiheit, liebt man dagegen alles, was von irgendwo anders herkommt oder wie man in Stuttgart sagen würde, die sogenannte Party- und Eventszene. Über deren Einstellung zur Homosexualität, derzeit wohl die größte Gefahr für Schwule und bisexuelle Männer im Besonderen, breitet man schamvoll einen Mantel des Schweigens aus, weil wahrscheinlich nicht sein darf, was nicht sein kann.

Die offizielle Statistik des Bundesinnenministeriums weist etwa seit 2015 eine Verdreifachung von Straftaten gegen die sexuelle Orientierung aus. Jetzt ist die spannende Frage: Was hat sich seit 2015 wohl geändert? Sind die Deutschen auf einmal alle homophob geworden, oder treten vielleicht neue Akteure aufs Spielfeld?

Wenig überraschend sagt das Innenministerium nichts zu den Tätern. Das wäre vermutlich irgendwie politisch nicht korrekt. Daher muss man in andere Statistiken schauen, um eine Antwort zu bekommen. Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration und die Robert Bosch Stiftung, beides übrigens keine rechtspopulistischen Einrichtungen, haben im vergangenen Jahr Asylbewerber aus elf Nationen nach ihrer Einstellung zur Homosexualität befragt. 40 % gaben an, dass sie Schwierigkeiten haben, sich an Homosexuellenrechte zu gewöhnen. Mehr als die Hälfte kann

Homosexuelle als Eltern nicht akzeptieren. Zum Vergleich: Bei den Deutschen waren es 16 %.

Aber das wollen Sie alles nicht hören. Lieber beim CSD ganz oben auf dem Wagen stehen und das Gesicht in jede Kamera halten. Das ist offenbar Ihre Vorstellung vom Einsatz für die Rechte Homosexueller, derweil ab und zu eine Regenbogenfahne aus dem Fenster hängen und alle Jahre so einen Antrag stellen. Das, meine Damen und Herren, ist billig und nicht besonders ehrlich, und da gehen wir nicht mit.

Wir treten für das Recht eines jeden Erwachsenen ein, seine Sexualität einvernehmlich mit jedem anderen Erwachsenen auszuleben. Aber das ist eben – das ist der Unterschied – die intimste und ureigenste Privatsache der Menschen, und der Staat hat sich hier herauszuhalten. Er hat nicht nur nichts zu verbieten, er hat auch nichts zu fördern. Er hat einfach zu lassen. Jeden, der diese Freiheit gefährdet, soll er in seine Schranken weisen oder, noch besser, gar nicht erst ins Land lassen. So eine Politik wäre ein echter und ehrlicher Einsatz für die Rechte Homosexueller und eben kein Fähnchenklimbim wie dieser Antrag hier. Aber genau dazu fehlt Ihnen der Mut. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Nach Herrn Tritschler spricht für die Landesregierung Herr Minister Dr. Stamp.

Dr. Joachim Stamp*, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Verantwortung für Homophobie in Deutschland Einwanderern zuzuweisen, das ist schon ein Stück aus dem Tollhaus, wenn wir uns die Geschichte des § 175 angucken. Ich schäme mich dafür.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Aber kommen wir zu den positiven Dingen. Ich habe mich gefreut, beim letzten CSD aktiv die große Gruppe der queeren Flüchtlinge zu erleben, die dort gemeinsam Position gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bezogen haben, genauso wie das hier vier demokratische Fraktionen im Hause tun. Ich denke, das ist erst mal ein grundsätzlich positiver Aspekt, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Die vier Fraktionen bekennen sich zu den vielfältigen Lebenswirklichkeiten als Bereicherung für unser Land und halten die CSDs als aktive Beiträge für mehr Sichtbarkeit von LSBTIQ für wichtig. Damit wird das Thema LSBTIQ in zwei Anträgen wertschätzend und sichtbar auf das parlamentarische Schild ge-

hoben. Darüber freue ich mich sehr; denn dies bestätigt auch unseren Kurs als Landesregierung in diesem Politikfeld. Ausgrenzung und Diskriminierung haben in Nordrhein-Westfalen keinen Platz. Wie kein anderes Bundesland steht es für Vielfalt und Freiheit der Lebensformen. Deshalb fördern wir mehr LSBTIQ-Strukturen im Land als jemals zuvor. Die Haushaltsmittel haben wir auf Rekordniveau angehoben.

Selbstverständlich unterstützen wir das queere Leben und unsere starke LSBTIQ-Infrastruktur in und außerhalb von Zeiten der Coronapandemie ohne Abstriche. Mein Haus hat die LSBTIQ-Selbsthilfe in der Krise von Anfang an begleitet und beraten. Bereits mit Erlass vom 22. März 2020, also ganz zu Beginn der Pandemie, haben wir sichergestellt und darüber informiert, dass geförderte Träger in dieser Ausnahmesituation Rechtssicherheit haben. Das ist auch etwas, was in der Community anerkannt worden ist und worüber ich mich sehr gefreut habe.

Zur Stärkung der Sichtbarkeit und Wertschätzung von LSBTIQ in Coronazeiten und in der enorm eingeschränkten CSD-Saison hat mein Haus diese CSD-Saison längst aktiv eingeläutet. „Happy Pride Month“ heißt unser Slogan, unter dem wir vier Wochen lang auf unseren Social-Media-Kanälen rund um die Themenwelt LSBTIQ informieren.

Meine Damen und Herren, weil es hier mehrfach angesprochen worden ist: Auch die Regenbogenfahne spielt selbstverständlich eine prominente Rolle. Das ist Ihnen möglicherweise entgangen, Frau Kollegin – ich habe es eben bei Twitter noch einmal geteilt, damit Sie es noch einmal nachvollziehen können –: Am 17. Mai, dem internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transfeindlichkeit, IDAHOBIT, hat mein Ministerium bereits diese Fahne gehisst gehabt. Wir haben es auch als Video ins Netz gestellt. Genauso werden wir das anlässlich der CSD-Fahrraddemo am 28. Juni hier in unserer Landeshauptstadt tun. Wir werden es zu vergleichbaren Anlässen auch weiterhin tun, weil wir uns nämlich gerne und von Herzen dazu bekennen.

(Beifall von der FDP und den GRÜNEN)

Sie sehen, wir alle hier ziehen inhaltlich an einem Strang. Schließlich liegen die beiden Anträge inhaltlich eng beieinander. Es gibt einen Punkt in dem Antrag von SPD und Grünen, den wir so nicht unterstützen, weil Sie durch die Hintertür einen komplett neuen Förderbereich einführen möchten, und zwar eine dauerhafte Sockelförderung für die CSDs über die COVID-19-Pandemie hinaus. Dazu muss ich Ihnen sagen, dass wir hier keine Luftschlösser bauen können. Sie haben das als rot-grüne Landesregierung auch nicht getan. Sie wissen, dass wir hier Projektförderung machen und dass die Zuwendungen jährliche Projekte sind. Hiermit sind wir ja auch gut gefahren.

Ich denke, wir sollten uns an dieser Stelle nicht auseinanderdividieren, sondern weiterhin das gemeinsame Ziel im Blick haben, einen engen Schulterschluss zu vollziehen und gemeinsam für die Rechte von LSBTIQ einzustehen.

Dazu gehört auch, dass wir als Parlament – das kann man jetzt auch noch mal mit einem gemeinsamen Applaus tun – ein sichtbares Dankeschön an all diejenigen richten, die mit großem ehrenamtlichen Engagement auch in schwierigen Zeiten das Leben der Community, die Hilfs- und Beratungsangebote aufrechterhalten haben. All diesen sind wir, die als Demokraten hier unterwegs sind, sehr dankbar. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt
Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Mit dem Redebeitrag des Ministers sind wir am Ende der Aussprache zu Tagesordnungspunkt 11 gelangt.

Ich komme zur Abstimmung. Wir stimmen erstens über den Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/9800 ab. Die antragstellenden Fraktionen haben direkte Abstimmung beantragt. Wer also dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die beiden antragstellenden Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und AfD-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der **Antrag Drucksache 17/9800** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Wir stimmen zweitens über den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/9823 ab. Auch dazu wird eine direkte Abstimmung durchgeführt. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Die AfD-Fraktion. Wer enthält sich? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Antrag Drucksache 17/9823** von CDU und FDP **angenommen**.

Wir sind am Ende von Tagesordnungspunkt 11.

Ich rufe auf:

12 Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/9801

erste Lesung

Ich eröffne die Aussprache. Herr Kollege Strotebeck hat für die antragstellende Fraktion als erster Redner das Wort.

Herbert Strotebeck (AfD): Verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen, meine Herren! Je mehr Abgeordnete, desto besser die Regierungskontrolle, desto intensiver die Wahlkreispflege und desto stärker die Demokratie – diese drei Scheinargumente werden häufig vorgetragen, wenn es darum geht, das Ausufern der Parlamentsgröße mittels einer Wahlgesetzreform zu verhindern.

Der vorliegende Gesetzentwurf fasst mit einer solchen Wahlreform zugegebenermaßen ein für die Parteien heißes Thema an. Der Entwurf betrifft einen Kernbereich der parlamentarischen Demokratie. Es geht um die Frage, wie viele Volksvertreter ein Parlament benötigt.

Zu wenige Abgeordnete würde bedeuten, dass die Bürger in unserem Bundesland möglicherweise nicht ausreichend repräsentiert werden und die Kontrolle der Exekutive durch die Legislative nicht ausreichend sichergestellt ist. Das Ansehen der parlamentarischen Demokratie würde leiden.

Zu viele Abgeordnete bedeuten wiederum Steuergeldverschwendung und ein ineffizientes Arbeiten im Parlament. Auch dadurch würde das Ansehen der Demokratie leiden.

In Nordrhein-Westfalen gönnen wir uns sogar den Luxus, dass es Politiker gibt, welche gleichzeitig Legislative und Exekutive ausüben. Dass Minister gleichzeitig Abgeordnete sein dürfen, schlägt dem elementaren Grundsatz der Trennung von Exekutive und Legislative ins Gesicht, wie Professor von Arnim in Bezug auf die Berliner Senatoren in seinem Buch „Der Griff in die Kasse“ feststellt.

Ich frage mich, wie zum Beispiel unser Verkehrsminister Herr Wüst es überhaupt schafft, Zeit für ein Mandat in einem Vollzeitparlament und einen Ministerposten zu haben. Die Antwort kann nur lauten: gar nicht. Das Abgeordnetenmandat kann nicht im Sinne des Bürgers wahrgenommen werden und ist daher überflüssig.

Für einen funktionierenden Landtag brauchen wir nicht 199 Abgeordnete auf dem Papier stehen zu haben – auch nicht die Sollzahl von 181. Ich bin nah bei der CDU- und FDP-Fraktion, welche in der Vergangenheit eine Sollzahl von 151 gefordert haben.

Ich zitiere den FDP-Vertreter am 25. Januar 2001:

„Der Vorschlag der CDU, das nordrhein-westfälische Parlament auf 151 Abgeordnete zu reduzieren, ist nicht neu. Er entspricht auch unseren bereits in der Vergangenheit erhobenen Forderungen.“